

9. Januar 2026
Gruß zum Jahreswechsel

Sehr geehrte Damen und Herren,

schnell nimmt das Jahr Fahrt auf, schon hat uns der Alltag wieder – nach der kollektiven Verschnaufpause, die die Tage „zwischen den Jahren“ trotz digitalgetriebener Allzeitverfügbarkeit glücklicherweise immer noch darstellen. Nie zu spät ist es aber für ein Dankeschön: Über die zahlreichen Grüße zum Weihnachtsfest habe ich mich sehr gefreut. Vielen herzlichen Dank für die darin ausgedrückte Wertschätzung und Verbundenheit!

Die diesjährigen Zeilen zum Jahreswechsel widme ich meinem geschätzten früheren Chef, Amtsvorgänger und Freund Reiner Prölß. In seiner Amtszeit entstand im Sozialreferat die Tradition, auf die Weihnachtspost eine Antwort der etwas anderen Art folgen zu lassen. Ich habe sie gerne übernommen, und auch er führte sie im Ruhestand weiter. Seine gewohnt tiefgründigen Grüße im Januar 2025 – wütend, fast verzweifelt über manche weltpolitische Entwicklung, zugleich versöhnlich und optimistisch im persönlichen Erleben – waren die letzten. Reiner Prölß ist am 1. Februar 2025 plötzlich gestorben. Er fehlt mir sehr. Seine Freund*innen und eine große Zahl von Weggefährten und Mitstreiterinnen für die aktive und aktivierende Jugend- und Sozialpolitik werden seiner immer mit Zuneigung, Dank und Hochachtung gedenken.

Das sorgenvolle Kopfschütteln über politische Entwicklungen in Nah und Fern findet im neuen Jahr kein Ende. Zuversicht fällt schwer angesichts der brachialen Abkehr von der zuvor weithin geteilten Norm einer regelbasierten Weltordnung. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine wird wohl Ende Februar ins fünfte Jahr gehen, ohne dass Frieden in Sicht ist. In Deutschland gelingt es den demokratischen Kräften bislang nicht, die Zugevinne einer in Teilen gesichert rechtsextremen und menschenfeindlichen Partei zu stoppen. Im Gegenteil: Wenn Parteien der Mitte die ausgrenzende, verletzende Rhetorik gegenüber Menschen mit internationaler Geschichte übernehmen, dann stärkt das nur die Extremen und schwächt Gesellschaft, Wirtschaft und Zusammenhalt. Vielfalt gemeinsam leben und zukunftsähig gestalten ist Auftrag und Chance für unser Land und unsere Stadt. Ich hoffe sehr, dass diese Erkenntnis uns als Demokratinnen und Demokraten verbindet und durch den Kommunalwahlkampf in Nürnberg tragen wird.

Referentin für Jugend, Familie
und Soziales
Berufsmäßige Stadträtin
Elisabeth Ries

Hauptmarkt 18
90403 Nürnberg

Tel.: 09 11 / 2 31-55 00
Fax: 09 11 / 2 31-55 10

refv@stadt.nuernberg.de
www.soziales.nuernberg.de

Mit der Ratsperiode endet am 30. April meine erste Amtszeit als Referentin. Über die Wiederwahl habe ich mich sehr gefreut und danke herzlich für das Vertrauen. Gerne will ich zusammen mit vielen Kolleginnen und Kollegen in Stadtverwaltung, -politik und -gesellschaft weiter die Felder Jugend, Familie und Soziales, Senior*innen, Bildung, Ehrenamt, Inklusion, Integration, Wohnen und Arbeitsmarkt bearbeiten und mitgestalten. Zu tun gibt es wahrlich genug.

Aber was sind schon sechs Jahre? Stolze 500 Jahre Sozialpolitik in kommunaler Verantwortung haben wir im September 2025 Revue passieren lassen. Im Windschatten der Reformation entstand in der Reichsstadt Nürnberg um 1525 ein vom Rat getragenes Sozial- und Bildungswesen, das christlichen Normen verpflichtet blieb, aber kirchliche Strukturen ablöste. Der Blick auf Armut und das Selbstverständnis des Sozialstaats unterlagen seither vielfachem Wandel – von Almosen und Schicksalsergebnis zu Teilhabe und Befähigung. Wir stehen in dieser langen Tradition. Heute leben wir in materiell besseren Zeiten. Doch sind existenzielle Notlagen nicht verschwunden, sondern bleiben als relative Armut und mangelnde Teilhabe in einer Überflussgesellschaft spürbar: Wohnungslosigkeit, Kinderarmut, Bildungsbenachteiligung, soziale Exklusion, Pflegenotstand, Einsamkeit. Dagegen knüpfen wir in der Kommune gemeinsam ein Netz der Prävention, Unterstützung, Aktivierung und Hilfe – in subsidiärer Partnerschaft mit den Trägern der Wohlfahrt, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, unter schwieriger werdenden Finanzierungsbedingungen und wachsenden politischen Konkurrenzen.

Denn der Sozialstaat steht unter Rechtfertigungsdruck. Die Diskussion, welche Transferleistungen und welche befähigenden Infrastrukturen wir uns leisten oder nicht mehr leisten können, wird laut und nicht immer differenziert geführt. Reformbedarf besteht unübersehbar: verschachtelte Zuständigkeiten, Finanzierungsnot, Demographie, Personalmangel, Digitalisierungsdruck... Viele Rahmenbedingungen werden in Bund oder Land gesetzt, oft fern der Alltagspraxis. Abstrakte Forderungen nach Kürzungen sind schnell formuliert, manchmal leider mit wenig Sachkenntnis. Sozialpolitik, vor allem die kommunale, ist aber nicht abstrakt. Sie ist sehr konkret: nah an den Menschen, oft leise, manchmal in ihrer Wirkung unterschätzt – und entscheidend für gesellschaftlichen Zusammenhalt und gerechte Chancen. Das gilt für Transferleistungen genauso wie für Leistungen der Unterstützung und Förderung.

Politische Verantwortung besteht darin, Wirkungen und Nebenwirkungen sorgfältig abzuwägen, Zumutungen gerecht zu verteilen und um Verständnis für das sozialpolitisch Mögliche und Notwendige zu werben. Gelingt es uns, trotz drückender Sparwünsche Prioritäten zu setzen und den Fokus auf die tatsächlich Hilfebedürftigen zu richten? Schaffen wir die Balance zwischen notwendiger Eigenverantwortung und zielgerichteter, wirksamer Hilfe? Wir sind zum Erfolg verpflichtet. Dies ist aber kein Selbstläufer, er fordert Sachverständ und Augenmaß. Zu Recht mahnte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Herbst 2025: „Eine Sozialstaatsreform lässt sich nicht mit der Kettenäge erledigen. Erhalten wir den Schatz, der unser Sozialstaat ist. Reformieren wir ihn, um Wohlstand, Solidarität und Zusammenhalt zu bewahren.“

Nachdenklich stimmt der Blick auf Kinder und Jugendliche. Aladin El-Mafaalani beschreibt sie als „Minderheit ohne Schutz“, als „strukturelle Außenseiter“ unserer alternden, institutionell segmentierten, superdiversen Gesellschaft. Kinder wachsen unter höchst unterschiedlichen Bedingungen auf. Alle Kinder, ganz besonders aber die in Armut lebenden, sind stärker denn je auf verlässliche Bildungs- und Betreuungsstrukturen, auf Schutzräume und auf ihnen zu gewandte Erwachsene angewiesen. Hinzu kommt: Eltern minderjähriger Kinder sind eine Minderheit unter den Wahlberechtigten, haben zudem in der

Rushhour des Lebens wenig Zeit für politisches Engagement und sind überproportional häufig als Eingewanderte nicht wahlberechtigt. Kinder und Jugendliche brauchen deshalb eine starke Lobby und das Engagement aller. Sie brauchen unsere Stimmen, im wörtlichen und im politischen Sinn.

Wer junge Menschen und die Zukunft unserer Gesellschaft stärken will, muss Bildung als Gerechtigkeitsinfrastruktur begreifen – von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter. Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe, Entfaltung aller Potenziale und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Der 7. Nürnberger Bildungsbericht 2025 zeigt einmal mehr: Inklusion und Integration erwachsen aus einem umfassenden Bildungsverständnis – es braucht in der Tat „das ganze Dorf“!

Wir wissen aus guten Beispielen und aus der Wissenschaft, wie es gehen kann: Die Fundamente der frühkindlichen Bildung tragen, mit Verlässlichkeit und Qualität. Familienbildung, Sprachförderung, Bewegung, Sport und Musik begleiten ein gelingendes Aufwachsen, Hand in Hand mit der schulischen Bildung, die ganztagig und ganzheitlich zum Lernen und Wachsen anregt. Kinder und Jugendliche gestalten mit, in der Kinder- und Jugendarbeit, in non-formalen wie in formalen Lernwelten. Berufliche Orientierung entsteht im Zusammenspiel von Schulen, Unternehmen, Ehrenamt und Fachkräften und mündet in ein erfülltes Arbeitsleben. Kulturelle, lebenspraktische und sprachliche Bildung begleitet und fördert Menschen lebenslang bis ins hohe Alter. Zweite und dritte Bildungschancen sowie der gerechte Zugang zu Qualifizierung sind Voraussetzung für eine demokratisch mündige Gesellschaft.

In Nürnberg sind viele Grundlagen vorhanden: hohe pädagogische Fachlichkeit, engagierte Akteur*innen, eine differenzierte Bildungslandschaft für alle Bedürfnisse und insgesamt einiges Geld im System. Trotzdem ist Luft nach oben: Erfolgsprojekte hängen am Engagement Einzelner und an Zufallsfinanzierungen. Die kommunale Gesamtsteuerung muss intensiviert und stärker sozial(-räumlich) priorisiert werden. Zugangshürden verhindern Bildungswege. Übergänge scheitern. Synergien werden nicht ausgeschöpft. Damit dürfen wir uns nicht abfinden! Bildung gestalten und Chancen ermöglichen ist und bleibt kommunale Kernaufgabe – und mit Blick auf Kinder und Jugendliche als „Sinn und Zukunft“ unserer Gesellschaft (El-Mafaalani) eine unserer wichtigsten!

Diese Perspektive ist auch mit Blick auf die Kommunalwahl 2026 bedeutsam. Kommunalpolitik entscheidet ganz konkret darüber, wie lebenswert eine Stadt ist: ob soziale Infrastruktur trägt, ob Kinder gute Startchancen haben, ob Pflege, Inklusion und Teilhabe gesichert sind, ob Klimaanpassung ernst genommen wird, ob Bildungswege gelingen. Es geht nicht um kurzfristige Versprechen, sondern um Verlässlichkeit, Prioritäten und die Bereitschaft, auch unbequeme Entscheidungen zu vertreten. Im Sozialreferat werden wir diesen Weg weitergehen, gemeinsam mit den Trägern, den Mitarbeitenden, der Stadtpolitik und einer engagierten Stadtgesellschaft. Ich bitte Sie, uns dabei auch weiterhin kritisch, konstruktiv und solidarisch zu begleiten.

Das begonnene Jahr 2026 möge für Sie und Ihre Angehörigen ein friedvolles und erfülltes werden. Ich wünsche Ihnen viel Glück, Gesundheit und Wohlergehen. Und möge es der Demokratie mehr Rückenwind, der Welt mehr Frieden, unserer Stadt eine gute Entwicklung und allen – aber ganz besonders den jungen – Menschen faire Chancen bringen.

Mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen



Elisabeth Ries